
Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Remscheid
Schützenstraße 62
42853 Remscheid

Telefon 0 21 91/951 36 82
Fax 0 21 91/951 37 31
Email fraktion@dielinke-remscheid.de

Internet www.dielinke-remscheid.de

Drucksache **14/3337**

Antrag
der Fraktion

Einwohnerbefragung zum DOC in Lennep

Beratungsfolge

	Gremium	Sitzungstermin	Beratungsform
1	Rat	27.06.2013	Entscheidung

Öffentlichkeit

Die Beratung erfolgt in öffentlicher Sitzung.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, folgenden Antrag zur Sitzung des Rates am 27.6.2013 zur Abstimmung zu stellen.

Der Rat der Stadt Remscheid möge beschließen:

1. Über die Frage der Ansiedlung eines Designer-Outlet-Center in Remscheid- Lennep im Bereich des Röntgen-Stadions erhalten alle Einwohnerinnen und Einwohner Lenneps die Möglichkeit ihre Meinung im Rahmen einer Einwohnerbefragung zu äußern.
2. Der Rat wird sich, dass Ergebnis der Einwohnerbefragung zu Eigen machen, wenn sich in der Befragung eine Mehrheit ergibt, die mindestens 10% der Stimmberechtigten beträgt.
3. Die Satzung zur Durchführung von Bürgerbegehren in der Stadt Remscheid wird – unter Beachtung der vorgenannten Regelungen – sinngemäß angewendet , dies gilt auch für die einschlägigen Bestimmungen der Kommunalwahlordnung;

Begründung:

Die Fragestellung zum Bürgerbegehren vom 16.10.2011 lautete explizit „Soll in Remscheid im Bereich Blume/Felder Höhe ein Designer-Outlet-Center angesiedelt werden?“ Mittlerweile ist ein DOC an ganz anderer Stelle, im Bereich Röntgenstadion/Kirmesplatz in Lennep in Planung. Zu dieser neu eingetretenen Situation müssen unserer Meinung nach die Einwohnerinnen und Einwohner Lenneps mittels einer Einwohnerbefragung gehört werden. Sie sind es, die die durch das DOC entstehenden Belastungen (zusätzlicher Verkehr, Lärm, Abgase, Wegfall des Stadions und des Kirmesplatzes, usw.) zu tragen haben.

Vor der Befragung brauchen die Menschen in Lennep Klarheit darüber, wo in Zukunft der Schul- und Vereinssport betrieben werden kann, wie der zusätzliche Verkehr in einer ohnehin beengten Situation zu und abgeleitet wird. Die Vereine brauchen Klarheit darüber, wo in Zukunft die Volksfeste stattfinden.

Die Bürger, die unter den Kürzungen leiden, die aus dem „Stärkungspakt“ und aus dem Haushaltssicherungsplan hervorgegangen sind, brauchen Klarheit darüber, wer das ganze Projekt bezahlt. Es kann nicht angehen, dass kein Geld für Kinder, Jugendliche, Senioren, Kultur, Bildung und Stadtteilarbeit vorhanden ist, aber Geld für Infrastrukturmaßnahmen eines schottischen Investors ausgegeben wird.

Die Bürgerinnen und Bürger sind in den Entscheidungsprozess einzubinden bis sie letztendlich durch einen Einwohnerentscheid ihre Zustimmung zu diesem Projekt gegeben haben. Die Oberbürgermeisterin hat mehrfach betont, dass sie die Sorgen und Bedenken der Bürger ernstnehmen will. Sie hat versprochen, die Bürger früh zu beteiligen noch bevor Entscheidungen gefallen sind. Wenn das Wort einer Oberbürgermeisterin noch etwas gilt, muss jetzt eine Einwohnerbefragung her.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.
Fritz Beinersdorf

Gez.
Brigitte Neff-Wetzel

Gez.
Klaus Küster